



## **Grußwort zu Psychexit 7: »Die Vorenthaltung von Informationen über Absetz- und Entzugsprobleme bei Antidepressiva und Neuroleptika und von Hilfen beim Reduzieren als menschenrechtliches Problem«**

Im Namen aller Akteure begrüße ich Sie herzlich und freue mich sehr, heute die 7. Expertenrunde eröffnen zu dürfen.

Der ApK Berlin setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 1989 für die Rechte von Menschen mit psychischen Krisen und für die Rechte ihrer Angehörigen ein. Ausgangspunkt war der Mangel an Information und Aufklärung bezüglich des Umgangs mit psychischen Krisen, insbesondere der Möglichkeiten und der Wahl von Behandlung und Therapie. Das Thema zum Umgang mit Psychopharmaka spielte dabei eine zentrale Rolle.

Rückblickend können wir sagen, dass uns - und somit der Öffentlichkeit - viele entscheidende Informationen vorenthalten wurden, die dem Fachpublikum seit Beginn der Einführung von Psychopharmaka bekannt waren. Diese umfassenden Informationen über Wirkungen und unerwünschte Wirkungen sind eine

Voraussetzung, ja *Bedingung* für einen gelingenden Umgang mit der Krise und/oder der Erkrankung. In den vielen Jahrzehnten war und ist es auch heute den Nutzer:innen und ihren Angehörigen nicht im ausreichenden Maß bewusst, welche Risiken mit der Einnahme von Psychopharmaka (mit)geschluckt wurden und werden.

Mit der Vorenthaltung von umfassenden Informationen zu Psychopharmaka und ihren Risiken mahnen wir heute auch die Vorenthaltung von Informationen und praktischen Hilfen bezüglich des Reduzierens und Absetzens von Psychopharmaka an.

Dieses Thema auf die Agenda zu bringen und die Öffentlichkeit zu informieren ist das Anliegen der AG-Psyhexit. Als ApK Berlin und als Kooperationspartner der AG unterstützen wir die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Angehörigen.

Denn das soziale Umfeld ist von den gesundheitlichen und sozialen Erschütterungen als auch den Wirkungen und unerwünschten Wirkungen von Psychopharmaka mit-betroffen. Schließlich treffen die Folgen jedweder Behandlungsentscheidungen auch die Angehörigen. Persönliche soziale Netzwerke stellen einen zentralen Teil unserer aller Lebenswelten dar. In psychischen Krisen wird diese gegenseitige Bezugnahme besonders relevant, schließlich ist sozialer Rückhalt als ein Bestandteil des alltäglichen Bewältigungsprozesses zu sehen und persönliche soziale Netzwerke sind demnach von ausschlaggebender Bedeutung.

Entsprechend erheben Angehörige denselben Anspruch auf Information und Aufklärung, um hilfreich den Recoveryprozess des in der Krise befindlichen Menschen begleiten zu können, ohne selbst in weitere Krisen zu geraten.

Dazu gehört, dass Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen ihre eigene Betroffenheit und ihre Erwartungen, ihre Ängste und ihre Hoffnungen in den Entscheidungsprozess mit einbringen, damit nicht nur die Erkrankung selbst, sondern auch die Folgen des Erkranktseins, mit all seinen Auswirkungen auf die Lebenswelt der betroffenen Menschen, berücksichtigt werden.

Damit wird die Chance auf eine gelingende Beziehung innerhalb des persönlichen sozialen Netzwerkes erhöht und das Bewältigungshandeln beider gestärkt.

Auf Grund ihrer personalen Autonomie haben Patient:innen *und* ihre Angehörigen Anspruch auf verständliche, adäquate Information, entsprechend ihrem Bedarf und ihren individuellen Bedürfnissen, welche eine informierte Entscheidung erst ermöglichen.

Dabei stellen sich neben wissenschaftlichen und fachlichen noch weitere Fragen nach Werten, nach Rechten und nach Verantwortung.

Wer ist verantwortlich *für* oder *gegen* die Entscheidung einer Behandlung mit Psychopharmaka? Für oder gegen die Entscheidung des Reduzierens oder Absetzens?

Auf welcher Grundlage verwehren Verordnende die fachliche Begleitung bei der Reduktion oder dem Absetzen von Psychopharmaka?

Und wie löst die Sozialpsychiatrie ihren Anspruch ein, die bestehenden Barrieren für Menschen mit psychischen Krisen und Behinderungen abzubauen und den Weg zu einer partizipativen Gesellschaft zu ebnen?

Welche Strukturen, Prozesse oder mentalen Modelle liegen diesen Handlungsmustern zugrunde?

Diese und weitere Fragen wollen wir heute auf der Tagung unter menschenrechtlichen Aspekten erörtern.

Nach vielen Wendungen und Kämpfen sind wir im Rahmen der Psychexit-Expertentagungen an dem Punkt, die verschiedenen Expertisen von Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und Vertreter:innen der Psychosozialen Versorgung im Dialog auszutauschen.

**Meine Einführung möchte ich mit einem Zitat von dem US-amerikanischen Psychologen Julian Rappaport schließen: „Rechte zu haben, aber über keine Mittel und Leistungen zu verfügen, ist ein grausamer Scherz.“**

Ich wünsche uns allen einen anregenden Austausch und gebe das Wort an Peter Lehmann